

# Solidarität



**Lohnrunde:** Ist der Tariflokomotive Metall der Dampf ausgegangen?  
Analyse und Interview **Seite 3**



**Frankreich:** Ist die 35-Stunden-Woche gescheitert? Ein Bericht aus Frankreich **Seite 11**

**Kommentar:** Rainer Wimmer, Vorsitzender der PRO-GE, zum Thema Arbeitszeitverkürzung **Seite 12**



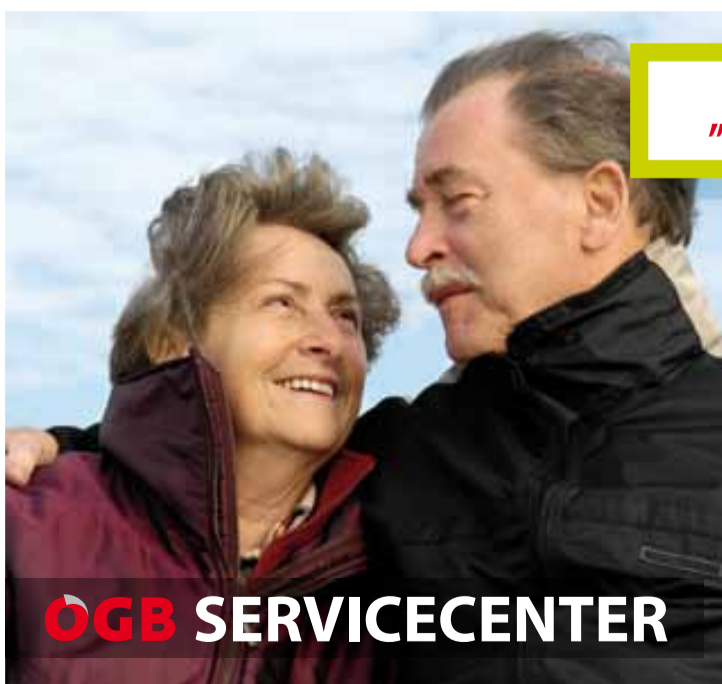
Arbeitszeit:

## Kürzer ist besser

Seiten 7, 11, 12

© Caro / Carro / picturedesk.com

[www.oegb.at](http://www.oegb.at)



**„Aktuelles vom Pensionsrecht“**

Zu den beschlossenen Änderungen im Pensionsrecht informieren Expertinnen und Experten beim ÖGB-Infoabend.

➤ **Dienstag, 19. Juni 2012**  
18.00 bis 20.00 Uhr

(an diesem Abend wird auf Türkisch sowie Bosnisch/Kroatisch/Serbisch übersetzt)

➤ **Dienstag, 26. Juni 2012**  
18.00 bis 20.00 Uhr

(Veranstaltung findet nur auf Deutsch statt)

im ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1  
Anmeldung unter [servicecenter@oegb.at](mailto:servicecenter@oegb.at) oder  
01/ 534 44 - 39100 erforderlich.

[www.oegb.at](http://www.oegb.at)

**ÖGB SERVICECENTER**

## editorial



NANI KAUER

## Unsere Arbeit

Wenn man sich Aussagen mancher PolitikerInnen und UnternehmerInnen anhört, dann können wir – die heimischen ArbeitnehmerInnen – es ihnen offenbar gar nicht recht machen: Wir sind zu krank, zu faul und erschwindeln uns Krankenstände; wir gehen in fast jugendlichem Alter in Frühpension; wir arbeiten viel zu kurz und wollen für jede Minute mehr die Firmen mit dem Kassieren von Überstundenzuschlägen in den Ruin treiben; wir sind privilegiert, weil wir zufällig ein Dienstverhältnis bei den ÖBB, im ORF oder in der Nationalbank haben; wir erschwindeln uns lieber ein paar Hunderter Sozialhilfe, als einer ordentlichen Arbeit nachzugehen; und, und, und. Es ist vielleicht eine vorsintflutliche Binsenweisheit, und manche/r mag es wohl auch „Klassenkampf“ nennen, trotzdem bleibt es wahr und richtig: Es ist unsere Arbeit, die Gewinne erst möglich macht; es ist unsere Gesundheit, die oft genug dabei leidet oder sogar draufgeht; es ist unsere Existenz, die bedroht wird von Auslagerungen, Lohndruck, Arbeitslosigkeit. Und es sind unsere Steuern, die zum allergrößten Teil den Sozialstaat und damit ein funktionierendes Leben finanzieren. Privilegierte SchmarotzerInnen? Nicht wir.

## Impressum:

**Herausgeber:** Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellerin:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chefredaktion:** Nani Kauer. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegel. **AutorInnen:** Milena Borovska, Carmen Janko, Sonja Fercher, Amela Muratović, Florian Kräftner, Heike Hausensteiner, Christian Resei, Sophia Fielhauer-Resei, Rainer Wimmer. **Layout/Grafik:** Walter Schauer. **Bildredaktion:** Peter-Paul Waltenberger. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler, Johanna Kastner. **Lektorat:** Marga Achberger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, WWW: http://www.oegb.at/soli

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352  
DVR-Nr. 0046655

Dieses Produkt wurde mit ADOBE® InDesign CS erstellt.



© Fotolia, AK

Im Dunkeln: Länder in den Sparwahn treiben

# Rating braucht Regeln

EU-weite Kampagne fordert die Zählung von Ratingagenturen.

**Übermächtig?** Vor der Krise wusste kaum jemand über Ratingagenturen Bescheid, nun sind sie in aller Munde und nicht wenigen PolitikerInnen schlottern die Knie angesichts bevorstehender Ratings. Was tun diese Agenturen genau, was sind Ratings, wieso bewerten sie Firmen genauso wie Staaten – diese und weitere Fragen beantwortet die Website [www.stopratingagencies.eu](http://www.stopratingagencies.eu)

## Kriterien unklar

Ratingagenturen sind nicht, wie man etwa glauben könnte, Ämter oder offizielle Stellen. Sie sind private, gewinnorientierte Firmen und bewerten („rating“) die Kreditwürdigkeit von Fir-

men. Sind die Firmen, vereinfacht gesagt, sehr kreditwürdig, fallen die Zinsen für Kredite niedriger aus, und umgekehrt. Hier beginnt aber schon das Dilemma, denn die Kriterien, nach denen die Kreditwürdigkeit beurteilt wird, sind nicht transparent. Ist eine Firma kreditwürdig, wenn sie viele Beschäftigte wegrationalisiert, oder ist es eine, die gute Löhne zahlt und Sozialleistungen bietet?

Zur Bewertung von Unternehmen kam immer öfter die Bewertung von Staaten. Das Prinzip ist dasselbe wie bei Firmen: Je besser die Beurteilung, desto weniger Zinsen müssen die Staaten für ihre Schulden bezahlen. Die beste Note ist das „AAA“,

auch „Triple A“ genannt. KritikerInnen der Ratingagenturen und ihrer Praktiken – zu ihnen zählt auch der ÖGB – sagen, dass die Agenturen mit intransparenten und gesteuerten Beurteilungen die Krise verstärkt haben. Die Plattform „Europeans for Financial Reform“ setzt sich daher für gesetzliche Regulierungen und die Reduktion der Macht der Ratingagenturen ein.

## Erste Schritte

Die EU-Kommission hat Ende 2011 einen Vorschlag für eine EU-Verordnung präsentiert. Vor allem in den Gesetzen der Staaten haben die Ratingagenturen nichts zu suchen, dem entspricht der Kommissionsvor-

schlag. Außerdem sollen Ratingagenturen für ihr Handeln haftbar gemacht und zur umfangreichen Veröffentlichung ihrer Geschäftspraxen gezwungen werden. Dieser Vorschlag stellt einen Meilenstein dar, im Frühsommer 2012 wird in den EU-Gremien darüber abgestimmt. Es ist allerdings zu befürchten, dass sich die marktnahen Kräfte durchsetzen werden. Den Druck auf die Agenturen und auf die europäische Politik zu erhöhen, ist nun dringender denn je. Auf einer Website kann man den Spieß umdrehen und die Ratingagenturen selbst beurteilen: [www.stopratingagencies.eu](http://www.stopratingagencies.eu); weitere Infos zum Thema: [www.europeansforfinancialreform.org](http://www.europeansforfinancialreform.org)

Interview: Finanzmarktregelungen

# Reformwille sinkt

Staaten haben Privaten die Schulden abgenommen.

**Solidarität:** Warum begeben sich Regierungen überhaupt in die Geiselnhaft von Ratingagenturen? Sind die tatsächlich so mächtig?

**Andreas Botsch:** Die Regierungen selbst haben die Ratingagenturen so mächtig gemacht. Viele Regeln auf europäischer Ebene erfordern Ratings, das schließt die Europäische Zentralbank mit ein, die von Banken auch Ratings verlangt.

**Solidarität:** Haben die Agenturen wirklich, wie behauptet wird, die Krise verschärft?

**Botsch:** Ja, mehrfach. Zum einen hatten in Nordamerika, wo die Krise ihren Ursprung hatte, komplizierte Finanzprodukte die besten Ratings (AAA), die haben sich dann aber als wertlos erwiesen. Zweitens besteht ein massiver Interessenkonflikt: Die Ratingagenturen machen im Auftrag von Kunden (Banken)

ihre Ratings, gleichzeitig sind sie aber von den Aufträgen der von ihnen bewerteten Firmen auch abhängig. Und drittens hat sich beim Übergreifen der Krise auf die Eurozone gezeigt, dass die Bewertungen der Agenturen sich selbst erfüllende Prophezeiungen waren: Sie haben verschuldete Länder schlecht bewertet, das hat deren Kreditwürdigkeit verschlechtert, die Zinsen auf Staatsanleihen und die Schulden vergrößert.

**Solidarität:** Wäre eine europäische Ratingagentur eine Lösung?

**Botsch:** Ja, das fordern auch die europäischen Gewerkschaften. Eine öffentlich-rechtliche Ratingagentur, am besten unter dem Dach der Europäischen Zentralbank, die könnte auch die gesamtwirtschaftlichen Risiken viel besser und realistischer einschätzen.

**Solidarität:** Wie stehen die Chancen, dass das EU-Parlament vor dem Sommer Regeln beschließt?

**Botsch:** Die EU legt nun die dritte Verordnung vor, vieles fehlt immer noch. Die Frage, dass die Ratingagenturen die Kreditkrise verschärft haben, weil sie etwa die Risiken komplizierter Finanzprodukte mit Triple A bewertet haben, ist nicht annähernd geregelt. Die Agenturen haben mit ihren Anpassungen eine Marktpanik ohne jede Grundlage ausgelöst – auch das ist weiterhin nicht geregelt, ebenso wie der vorhin erwähnte Interessenkonflikt.

**Solidarität:** Ist die Lobby so mächtig, dass keine konkreten Regeln für die Finanzmärkte zu schaffen sind?

**Botsch:** Die EU hat die Regulierung der Finanzmärkte zwar mit viel Elan begonnen, aber der Wille zu Reformen hat konstant



Andreas Botsch, Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Sonderberater des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

abgenommen. Inzwischen hat sich die Diskussion völlig wegbewegt von den wahren Schuldigen und von den Risiken im Bankensektor. Jetzt macht man ausgabenfreudige Südländer verantwortlich für die Schuldenberge. Die Staatsschuldenkrisen sind aber in Wahrheit Krisen privater Schuldner, die die Staaten ihnen abgenommen haben.

## Adressänderungen:

Tel. 01/534 44-39100

Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,  
Freitag 8–13 Uhr.

Oder unter: [www.oegb.at](http://www.oegb.at)

**i-move.at**

Metallarbeitsgeber: Ende der Sozialpartnerschaft?

# Heiße Vorboten

Lohn-/Gehaltsrunde in der Metallbranche ist wichtig für Einkommen in allen Branchen.

**Knalleffekt.** Die Herbstlohnrunde beginnt zwar im Herbst, aber heuer ging es schon im Frühjahr heiß her: Zwei Fachverbände (Fachverband der Gießereien und Fachverband der Maschinen- und Metallwarenindustrie) haben angekündigt, die Verhandlungsgemeinschaft mit den anderen Verbänden, die jährlich mit den Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp Gespräche führen, zu verlassen. Sie wollen nun eigene Verhandlungen aufnehmen.

## Enormes Gewicht

Warum aber ist gerade die Metallindustrie so eine wichtige Branche? „Der produzierende Sektor hat ein enormes gesamtwirtschaftliches Gewicht“, erklärt ÖGB-Volkswirt Ernst Tüchler. „Er erbringt rund 20 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung und beschäftigt insgesamt rund 860.000 Menschen, wobei rund ein Viertel auf die Metallindustrie entfällt.“

Die gemeinsamen Verhandlungen der zur Metallindustrie zählenden Fachverbände sind aber auch für die Unternehmen ein immenser Vorteil. „Die KV-



Jede Veränderung der Kollektivvertragsgemeinschaft kann massive Auswirkungen haben.

© Erich Mülleger

Gemeinschaft und die Erhöhung der Löhne und Gehälter im selben Ausmaß machen die Branche für die Unternehmen berechenbar“, sagt Tüchler. „Umgekehrt heißt das: Je mehr ausscheren, umso mehr werden die Löhne und Gehälter zum Wettbewerbsfaktor für die heimischen Betriebe – und die Unsicherheit steigt.“

## Unterschiede berücksichtigt

Die Verbände, die nun alleine verhandeln wollen, argumentieren diesen Schritt mit den großen Unterschieden innerhalb der Branchen. Ein vorgeschobenes Argument, denn bei den Verhandlungen haben die Ge-

werkschaften auf die Unterschiede immer Rücksicht genommen. Sie haben sich nicht an den Besten, aber natürlich auch nicht an den Schlechtesten der Branchen orientiert. Und apropos Verschiedenheit: „Es käme wegen der Unterschiede ja auch niemand auf die Idee, dass deshalb bei der Besteuerung Unterschiede gemacht werden müssen“, kritisiert Tüchler.

## Verantwortung wahrnehmen

Die Bedeutung dieser Verhandlungsgemeinschaft endet aber nicht bei ihren Beschäftigten, ihren Arbeitgebern oder den Zulieferern. „Bei einer Lohn-/Gehaltssumme von rund 40

Milliarden Euro bei 860.000 Beschäftigten hat jede Veränderung auch massive Auswirkungen auf Steuer- und Sozialsysteme“, sagt Tüchler. „Mehr als sieben Milliarden Euro Sozialversicherungsbeiträge, geschätzte fünf Milliarden Umsatzsteuer und ebenfalls über sieben Milliarden Euro an Lohnsteuer fließen aus dieser Branche.“ Viele Gründe sprechen also für eine Beibehaltung der KV-Vertragsgemeinschaft – nicht zuletzt die Gesamtverantwortung der Unternehmen wegen der Bedeutung der Branche. Denn Verantwortung darf nicht in Handbüchern über soziale Verantwortung enden.

Interview: Gemeinschaft muss erhalten bleiben

# Tariflokomotive

Politikwissenschaftler Ferdinand Karlhofer von der Universität Innsbruck.

**Solidarität:** Schwächt das Vorgehen der ArbeitgeberInnen die Verhandlungsposition der Gewerkschaften oder eher die der UnternehmervertreterInnen?

**Ferdinand Karlhofer:** Wenn die Fachverbände mit ihrer Ankündigung, die KV-Verhandlungsgemeinschaft aufzubrechen, Erfolg haben, hat das unvermeidlich negative Auswirkungen auf die Verhandlungsstärke der beiden Gewerkschaften. Wo Verhandlungsabläufe aufgesplittert werden, steigt der Koordinationsbedarf. Den Verhandlern der Arbeitgeberseite wird wohl aber auch bewusst sein, dass die Gewerkschaften den Anspruch, sich in ihren Positionen abzustimmen, nicht einfach aufgeben werden. Die Folge wäre dann: Die Dauer der Verhandlungen wird länger und auch konfliktreicher – etwas, das die Arbeitgeberseite nicht wirklich wollen kann.

Es gibt übrigens auch Beispiele aus der Vergangenheit: In den

Jahren 1996 bis 1998 kam es im Metallgewerbe immer wieder zu vertragslosen Zuständen, als etliche Landesinnungen wiederholt die Übernahme bundesweit ausgehandelter KV-Abschlüsse verweigerten (und nebenbei bemerkt auch in anderen Branchen wie etwa dem Malergewerbe und im Tourismus). In allen Fällen kam das KV-System erst nach erfolgreicher Mobilisierung durch die Gewerkschaften wieder ins Lot.

**Solidarität:** Die Gewerkschaften sehen das als Aufkündigung der Sozialpartnerschaft, die ArbeitgeberInnen betuern das Gegenteil. Wie sehen Sie das?

**Ferdinand Karlhofer:** Wo immer sich eine Situation konflikthaft zuspitzt, gewinnt der Ton an Schärfe. Warum sollte es hier anders sein? Im konkreten Fall handelt es sich offenbar um eine Art Retourkutsche einzelner Fachverbände für den in der Tat sehr erfolg-

reichen KV-Abschluss 2011. Mit dieser Perspektive möchte man nicht in die nächste KV-Runde einsteigen. Das ist nachvollziehbar, und zugleich ist auch klar, dass das eingespielte Muster nur dann erhalten bleibt, wenn die Gewerkschaften sich geschlossen gegen die Aufsplitterung in Stellung bringen.

**Solidarität:** Sehen Sie in diesem Schritt eine Tendenz, die KV-Landschaft in Österreich zu zersplittern?

**Ferdinand Karlhofer:** Vorstöße, die KV-Landschaft zu dezentralisieren, sind bis in die 1980er-Jahre zurückzuführen. Große Teile der Arbeitgeber sehen das Ideal in einer Verlagerung der Lohnverhandlungen so weit wie möglich nach unten, manche sogar in einer Art „Verbetrieblichung“ oder gar in Form von individuell ausgehandelten Verträgen. Diesen Herausforderungen müssen sich die Ge-



© Uni Innsbruck

werkschaften in Österreich und auch anderswo wieder und wieder stellen.

**Solidarität:** Glauben Sie, der Metaller-Lohnrunde wird zu viel Bedeutung beigemessen, oder hat sie diese gesamtwirtschaftlich betrachtet wirklich?

**Ferdinand Karlhofer:** Sicher hat die Metallindustrie ihre Funktion als „Tariflokomotive“ teilweise eingebüßt, aber keineswegs zur Gänze. Nach wie vor haben die Abschlüsse der Metaller Leitcharakter für die anderen Branchen (sieht man einmal vom öffentlichen Dienst ab, der sich schon vor längerem abgekoppelt hat). Umso wichtiger ist es, dass gerade in diesem Bereich die KV-Gemeinschaft erhalten bleibt.

Benya-Formel:

## Expertenlob

Die nach dem früheren ÖGB-Präsidenten Anton Benya benannte Faustformel, auf der seit Jahrzehnten die Lohnabschlüsse in der Industrie basieren, wird vom neuen Chef des Instituts für Höhere Studien (IHS), Christian Keuschnigg, gelobt. Sie habe das Abkoppeln der Löhne von der Produktionsentwicklung verhindert, sagt er. Nach der Benya-Formel wird in den Lohnverhandlungen die Inflationsrate berücksichtigt. Zusätzlich werden Produktivitätsgewinne zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen geteilt. „Weil die Lohnpolitik sich auf die Abgeltung des Produktivitätswachstums und der Inflationsrate beschränkt, erlaubt das dem Land, stärker zu wachsen als der Durchschnitt Europas“, stellte Keuschnigg in der Tageszeitung „Der Standard“ fest.

Arbeitsrecht:

## Moderner

Ende März fand die erste Sozialpartnerrunde zum „Arbeitsrecht neu“ statt. Diskutiert wurden die Themen „Wichtige persönliche Dienstverhinderungsgründe“, „Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und bei Arbeitsunfall“ sowie „Modernisierung der Austritts- und Entlassungsgründe“. Erzielt werden soll eine Einigung bis zum Ende des Jahres, wobei moderne und einheitliche Regelungen für alle ArbeitnehmerInnen geschaffen werden sollen.

Datenschutz:

## Klage läuft

Die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp unterstützt die Verfassungsklage gegen Datenspeicherung. In einer Aussendung an die Mitglieder heißt es, „journalistische Arbeit beruht zu einem großen Teil auf dem Prinzip des InformantInnenschutzes. Dieser ist auch gesetzlich festgeschrieben. Durch die verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung und das Redaktionsgeheimnis und der InformantInnenschutz aller österreichischen JournalistInnen empfindlich beeinträchtigt. Die Vertraulichkeit von Unterredungen kann nicht mehr garantiert werden.“



Daseinsvorsorge:

## Für alle

Im Rahmen der ÖGB-Kampagne „Sozialstaat fairbessern“ konzentriert sich die Gewerkschaft vida auf die Bereiche Verkehr, Pflege und Betreuung sowie das Gesundheitssystem. „Unser Ziel ist es, diese Dienstleistungen zum Wohl aller zu verbessern“, sagt vida-Vorsitzender Rudolf Kaske. Ein Beispiel dafür ist das Öffi-Angebot: Immer mehr PendlerInnen können sich die hohen Spritpreise nicht leisten, doch in vielen ländlichen Regionen wurde der Nahverkehr ausgedünnt. Hier muss dringend investiert werden. Mit einer eigenen Website trägt vida zur Diskussion über den Sozialstaat und die Daseinsvorsorge bei. „Zustände wie in Großbritannien, wo selbst Aufgaben der Polizei an Private ausgelagert werden, gibt es bei uns nicht. Doch auch wir müssen wachsam sein und uns aktiv für unsere öffentlichen Dienstleistungen einsetzen“, erklärt Vorsitzender Rudolf Kaske.

<http://daseinsvorsorge.vida.at>

MigrantInnen:

## Ungenützt

Junge MigrantInnen, die sich bereits in der Arbeitswelt befinden, ähnlich gut ausgebildet sind wie Nicht-MigrantInnen, haben schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt. Das zeigt eine Studie der Arbeiterkammer Wien (AK). Sie üben häufiger Hilfstätigkeiten aus, werden doppelt so oft unter ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt. Aus der Studie geht ebenfalls hervor, dass sich junge MigrantInnen stärker für Weiterbildung interessieren, aber seltener an einer berufs- und arbeitsmarktbezogenen Aus- oder Weiterbildung teilnehmen. Die AK fordert unter anderem, dass die Unternehmen abgelehnten BewerberInnen, die sich diskriminiert fühlen, verpflichtend detaillierte Auskünfte über Ablehnungsgründe geben sollen.

Integration: Soziale Frage

# Fachkräfte sind schon da

MigrantInnen wollen am Leben in Österreich teilhaben. Die Sozialpartner präsentierten eine Studie.

**Nach Pakistan?** „Stellen Sie sich vor, Sie müssten jetzt plötzlich in Russland oder Pakistan leben, in einem Alter alles aufgeben, wo man sich schon vieles aufgebaut hat“, erzählt ein Interviewter in „Die Integrationslüge“ (siehe Kasten). Er war 42, als er 1992 von einem Moment auf den anderen gezwungen war, sein Leben in Bosnien aufzugeben. Zu Hause arbeitete er als Buchhalter, in Österreich als Straßenkehrer und in einer Reinigungsfirma, seine Frau war Sekretärin, hier Reinigungskraft. „Integration ist eine Frage der sozialen Rangordnung“ – zu diesem Befund kommen Eva Maria Bachinger und Martin Schenk in ihrem Buch „Die Integrationslüge“. Diskutiert werde in der allgemeinen Debatte aber nicht über Arbeitsmarkt oder Bildungszugang, sondern über Kopftücher und Minarette. Österreich liegt inmitten Europas,



© Bildagentur Waldhaus / Inaador / Arcus

die Entwicklung zum Einwanderungsland ist nur logisch. Die Vielfalt bringt Herausforderungen, mit denen sich die Sozialpartner in der Studie „Migration und Integration“ beschäftigt haben. Sie beleuchten die vier Aspekte Integrationsbegleitung, Bildung, Arbeitsmarkt sowie Migration und zeigen in jedem Bereich Beispiele für gute Lösungen (Details unter [www.sozialpartner.at](http://www.sozialpartner.at)).

70 Prozent der Zuwanderinnen und Zuwanderer kommen aus EU-Staaten. Rund ein Drittel wird unter seiner Qualifikation eingesetzt. Die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen war bisher langwierig und teuer – nur 17 Prozent der MigrantInnen gehen diesen mühevollen Weg. Das bringt schlechtere Bezahlung und erhöht den Lohndruck insgesamt – und es rückt die Klagen vieler Firmen über fehlende Fachkräfte in ein anderes Licht: „Nach Fachkräften rufen und die, die da sind, nicht als solche einzusetzen, passt nicht“, kritisiert ÖGB-Präsident Erich Foglar.

### Bildung

„Selbst die OECD kritisiert, dass nur 55 Prozent der MigrantInnen und nur 70 Prozent der ÖsterreicherInnen entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt werden.“ Bildung ist ein wesentliches Feld für Integration, vom

Kindergarten über die Schule und Berufsschule bis zur Erwachsenenbildung. Die Ausdehnung des verpflichtenden Kindergartenjahres auf zumindest zwei Jahre, weiters Qualitätsverbesserungen in den Kindergärten, vor allem kleinere Gruppen sowie mehr Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen mit Migrationshintergrund, wären daher wichtige Schritte. Setzt man hier an, können viele Probleme bereits vor Schulantritt beseitigt werden. Sprachförderung und LehrerInnen mit Migrationshintergrund in allen Schultypen können ebenfalls ein großes Hindernis auf dem Weg zur Integration beseitigen: die Sprachbarriere.



### BUCHTIPP

Eva Maria Bachinger und Martin Schenk  
„Die Integrationslüge. Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung“  
Deuticke, Wien 2012  
ISBN 978-3-552-06185-9  
Bestellung:  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

## ÖGB-Forderungen

- Ausweitung der Sprachförderung (Deutsch und Muttersprache) ab dem Kindergarten
- Ausdehnung des verpflichtenden Kindergartenjahres auf zumindest zwei Jahre
- Auf- und Ausbau von speziellen erwachsenengerechten Bildungsangeboten
- leichtere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen
- Ausweitung der Kontrollen nach dem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz, vor allem bei Klein- und Mittelbetrieben

# Wachsen statt Sparen

Diskussionsveranstaltung im ÖGB.

**Veränderung notwendig.** Unter dem Titel „Europas Zukunft – Sparen statt Wachsen?“ diskutieren beim Europadialog, den der ÖGB in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik veranstaltet, Ende Juni hochkarätige Gäste. Die Rahmenbedingungen in Europa sind schwierig wie noch nie: Schuldenberge müssen abgebaut werden, Arbeitslosigkeit steigt, vor allem unter Europas Jugend, soziale

Konflikte nehmen zu. Dass etwas geschehen muss, ist allen klar, über die Rezepte herrscht aber große Uneinigkeit. Die einen sind für striktes Sparen, die anderen für starke Wachstumsinitiativen, um aus der Krise zu kommen.

### Fragen über Fragen

Der ÖGB ist überzeugt: Ein einseitiger Sparkurs ohne Wachstum und Beschäftigung wird Europa und die EU-Mitgliedsstaaten nicht aus der derzeitigen Krise führen können. Ein Fiskalpakt soll die Schulden niedrig halten – aber reicht das? Braucht die EU nach dem Fiskalpakt nicht vielmehr auch einen Pakt für Wachstum und Beschäftigung? Wie soll der ausgestaltet sein? Geht es um Strukturreformen und eine weitere Flexibilisierung der Ar-



© ÖGB/Ondraschek

beitsmärkte? Oder steuert die EU endlich auf eine echte Strategie für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung zu? Wie schaffen wir die Wende? Zwei Tage vor dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs wird darüber beim ÖGB-Europadialog diskutiert. Neben ÖGB-Präsident Erich Foglar spricht auch Bundeskanzler Werner Faymann, angefragt sind weiters Olli Rehn, Vizepräsident der EU-Kommis-

sion, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Peer Steinbrück, ehemaliger deutscher Bundesfinanzminister und Tatjana Oppitz, Generaldirektorin von IBM Österreich (Änderungen vorbehalten, für Informationen zum endgültigen Podium besuchen Sie bitte [www.oegb.at](http://www.oegb.at)). Moderiert wird die Diskussion von einem Europakenner, Detlef Fechner, dem Brüsselkorrespondenten der Börsen-Zeitung.

**26. Juni 2012, 18.00 Uhr**

Ort: ÖGB, Gewerkschaftshaus Catamaran, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (U2 Donaumarina)

Anmeldung: ÖGB Internationales Referat, Telefon: 01/534 44-39322, E-Mail: [europadialog@oegb.at](mailto:europadialog@oegb.at)

Im Rahmen des Projekts ZUWINS werden ArbeitnehmerInnen bei der grenzüberschreitenden Beschäftigung beraten.



© Walter Schmeier

Reportage: Arbeitsmarktöffnung

# Über Rechte informieren

Arbeitsrecht beugen – kein Kavaliersdelikt. Viele neue ArbeitnehmerInnen aus Osteuropa werden vom ÖGB unterstützt.

**Offene Grenzen.** Im Mai 2011 wurde der Arbeitsmarkt für acht osteuropäische EU-Staaten geöffnet, seither arbeiten rund 20.800 zusätzliche ArbeitnehmerInnen aus diesen Ländern in Österreich. Agnieszka Bros, 27, stammt aus der polnischen Stadt Lubin und lebt seit über 20 Jahren in Wien. Seit Ende 2010 ist Bros Rechtsberaterin des ÖGB-Projektes ZUWINS (Zukunftsräume Wien – Niederösterreich – Südmähren; [www.zuwins.at](http://www.zuwins.at)), das ArbeitnehmerInnen kostenlos bei der grenzüberschreitenden Beschäftigung berät.

## Beratung in der Muttersprache

Neben Jus hat Agnieszka Bros auch Slawistik studiert, spricht zudem Russisch und Tschechisch. Ein Riesenvorteil, denn sie kann die Ratsuchenden in deren Muttersprache betreuen. Das geschieht teils am Telefon, per E-Mail, vor allem aber in den Außenstellen in Mistelbach und Hollabrunn. Rund 2.000 Beratungen werden pro Jahr durchgeführt, Bros' Klienten sind vor allem tschechische Männer aus dem Baugewerbe, der Gastronomie, aber auch viele Fleischhauer. Ihr Kollege vom „Projekt Arbeitsmarkt+“ in Kooperation mit der Slowakei vertritt vor allem Pflegekräfte und Kran-

kenschwestern. Zuerst versuchen die BeraterInnen, sich direkt mit dem Betrieb zu einigen. Geht das schief, wird geklagt, den Rechtsschutz übernimmt dabei die AK Wien oder die AK NÖ.

## Schwarze Schafe

Viele Betroffene sind nicht angemeldet oder im Kollektivvertrag falsch eingestuft. „Wenn Tschechen bei uns richtig in den Kollektivvertrag eingestuft werden, sind sie keine Konkurrenz zu unseren ArbeitnehmerInnen. Wichtig ist, dass die Menschen nicht am Schwarzmarkt landen“, weiß Projektleiter Marcus Strohmeier. Dabei hilft auch das 2011 in Kraft getretene Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz. Bros: „Wir setzen uns für die ArbeitnehmerInnen ein, berücksichtigen, dass es auch unter ihnen unseriöse Menschen gibt. Doch die Zahl der schwarzen Schafe auf der Dienstgeberseite überwiegt bei Weitem. Was da so vor sich geht, über rascht und schockiert.“

## Sie stehen vor dem Nichts

Ihr jüngster Fall sind zwei tschechische Familienväter, beide über 40 Jahre alt, die praktisch vor dem Nichts und auf der Straße stehen. Beschäftigt waren sie bei einer niederösterreichischen Gärtnerei, die

Viele Beschäftigte, die die Rechtsberatung in Anspruch nehmen, kommen aus der Gastronomie und dem Baugewerbe.



© Bildagentur Wäldhäusl / Insadco / Arcus

der AK bereits aus zwei Fällen bekannt ist. Arbeitszeiten von 40 Stunden und mehr, Überstunden am Wochenende – nach rund einem Monat erhielten die Tschechen je 300 Euro und die Kündigung. Bloß: Sie waren gar nicht offiziell beschäftigt. Der Gärtner bestritt sogar, die beiden Männer überhaupt zu kennen. Eine dumme Ausrede: Just am Tag der „Kündigung“ hatte der Chef einen der beiden Männer noch geringfügig angemeldet. Schwierigkeiten begegnet der bewusste Gärtner mit Konkursanmeldung oder neuen Arbeitern von der Triesterstraße. Die AK gewährt den geprellten Tschechen zwar Rechtsschutz, doch ihre Wohnung haben die Männer verloren, sie sind pleite und suchen nach Arbeit. Da sie nicht (oder nicht lange genug) angemeldet waren, haben sie kein Recht auf tschechisches oder österreichisches Arbeitslosengeld. „Bis es nun ein Urteil gibt, kann es Monate dauern. Einige verlieren in dieser Zeit die Nerven, weil die finanzielle Situation untragbar wird“, weiß Bros. Das Projekt ZUWINS – gefördert vom BMASK und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung – läuft Ende 2012 aus. Doch an weiterem Bedarf mangelt es nicht.

Christian Resei, Sophia Fielhauer-Resei

Rechtsfall: Unterbezahlte Lehrlinge

# Geld zurück für Jugendliche

OGH verpflichtet Autoverleihfirma, sich an Kollektivvertrag zu orientieren.



© Bildagentur Waldhausl / Waldhausl Franz

**Erfolg.** Das Autovermietungsunternehmen Charterline, besser bekannt als Autoverleih Buchbinder, muss einem Urteil des Obersten Gerichtshofes (OGH) zufolge mehrere Tausend Euro an Lehrlinge nachträglich auszahlen, weil die Jugendlichen nicht korrekt bezahlt wurden.

Bei der Mitgliederberatung des ÖGB und der Arbeiterkammer häuften sich die Beschwerden von Lehrlingen über die Firma Charterline. Obwohl sie eine Ausbildung zur Bürokauffrau bzw. zum Bürokaufmann machen, werden sie oft unter anderem zum Autoputzen eingesetzt. „Lehrlinge bei Charterline

mussten sich jahrelang mit der Entschädigung zufriedengeben, die das Unternehmen für angemessen hielt. Die Bezahlung lag natürlich weit unter dem, was Lehrlinge in vergleichbaren Branchen verdienen“, berichtet Helmut Gottthartsleitner, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp). Die GPA-djp brachte im Februar einen Antrag bei Gericht ein, um die richtige Bezahlung zu klären.

## Positives Ergebnis

Der OGH entschied, dass allen Lehrlingen, deren Lehrverhältnis mit der Autoverleihfirma nach dem Februar 2009 endete, Nachzahlungen zustehen. „Wir gehen von rund 200 Betroffenen aus“, sagt Gottthartsleitner, „die Beträge, die jetzt ein-

geklagt werden müssen, summieren sich für manche ganz schön: Einem Lehrling, der sein Lehrverhältnis im September 2009 begonnen hat, stehen bis Ende April 2012 zum Beispiel mehr als 6.000 Euro brutto an Nachzahlung zu.“ Die Lehrlinge bei Charterline wurden über den Beschluss informiert und haben nun drei Monate Zeit, den offenen Anspruch einzufordern. Die GPA-djp wird sie dabei unterstützen.

## GPA-djp unterstützt

Nach dem Antrag der GPA-djp beim OGH ist das Unternehmen Charterline jetzt auch dazu verpflichtet, sich bei den Rahmenbedingungen für Lehrlinge am Kollektivvertrag für das Personenbeförderungsgewerbe mit PKW zu orientieren. „Zusätzlich haben wir einen Antrag beim Bundeseinigungsamt be-

züglich Festsetzung einer Lehrlingsentschädigung eingebracht, um auch in Zukunft den Anspruch der Lehrlinge auf eine korrekte Lehrlingsentschädigung zu sichern“, so der Bundesjugendsekretär der GPA-djp. Betroffene Lehrlinge können sich unter der Telefonnummer 05 03 01-301 an die GPA-djp wenden.



© Nürth Wagner-Strauss

Helmut Gottthartsleitner, GPA-djp-Bundesjugendsekretär.

Gewinnspiel: Premiere

# Work hard play hard

Ein Dokumentarfilm über die „neue“ Arbeitswelt von Carmen Losmann.



**Kino.** Carmen Losmann hat einen Film über moderne Arbeitswelten gedreht, in dem sie zeigt, dass das Streben nach Gewinnmaximierung und grenzenlosem Wachstum die Ressource Mensch entdeckt hat. Die Grenzen zwischen Arbeit und Life-

style sollen verschwinden. Bei Auswahl, Motivation und Training der MitarbeiterInnen von Morgen wird nichts dem Zufall überlassen. Selbstoptimierung steht auf dem Programm. Der Erfolg einer Firma hängt von der Leistungsfähigkeit und

Leistungsbereitschaft der MitarbeiterInnen ab. Deshalb fordert der globalisierte Druck auf die Unternehmensleitungen auch mehr Tugenden einer Unternehmensführung von den einzelnen Beschäftigten. Der ideale Mitarbeiter hat seinen Job sowie das Unternehmensziel und -Wohl im Sinn. Losmanns Film heftet sich an die Fersen einer Hightech-Arbeiterschaft, die hochmobil und leidenschaftlich ihre Arbeit zum Leben machen soll. Der Druck der Unternehmer wird dabei in die Köpfe und Seelen der MitarbeiterInnen verlagert.

## Mit uns zur Kinopremiere

Gewinnen Sie mit uns zwei Karten für die Premiere am 19. Juni um 20 Uhr im Wr. Filmcasino. *In welchem Jahr ging der ÖGB zum ersten Mal mit einer eigenen Webseite online?*

Schicken Sie die richtige Antwort auf die Gewinnfrage an [soli@oegb.at](mailto:soli@oegb.at) oder an ÖGB-Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien.

## Stichwort:

Work hard play hard



Bei wem gibt es auch heuer noch 7,75%\* Förderung? 

 Bei der Prämienpension der Wiener Städtischen!  
Nähere Infos unter 050 350 350, auf [www.wienerstaedtiche.at](http://www.wienerstaedtiche.at) oder bei Ihrem Berater.

\* Bezogen auf die 2012 geleisteten Prämien von max. EUR 2.329,80.

WIENER  
STÄDTISCHE  
VIENNA INSURANCE GROUP



Arbeitszeitverkürzung: Gut für alle

# Arbeit besser verteilen

ÖGB fordert: Kürzer arbeiten, Arbeitsplätze schaffen, gesünder bleiben.

**Streitthema.** „Standortschädigung“, „Arbeitsplatzvernichtung“, „die Österreicher arbeiten eh viel zu wenig und gehen zu früh in Pension“ und „Klassenkampf“ – derartiges bekommen Gewerkschaften zu hören, fordern sie Arbeitszeitverkürzung. Die Unternehmen nennen das, was sie gerne hätten, „Arbeitszeitflexibilisierung“. Im Klartext heißt das aber: Mehr arbeiten für weniger Geld. Denn Forde-

rungen nach Erhöhung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit laufen darauf hinaus, die Überstundenzuschläge zu verkleinern oder ganz abzuschaffen.

## Überstunden verteuern

Der ÖGB will das Gegenteil: Überstunden teurer machen, um sie einzudämmen. Dass überlange Arbeitszeiten krank machen, ist nämlich keine neue Erkenntnis. „Wir haben schon

die längsten Wochenarbeitszeiten in Europa, sind Spitzenreiter bei den Überstunden und haben es mit einer steigenden Zahl an Erkrankungen wegen psychischer Belastungen zu tun“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Leistungsdruck und Arbeitsbelastung sind so hoch wie schon lange nicht“, stellt auch PRO-GE-Vorsitzender Rainer Wimmer fest. „Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, mit kürzeren

Arbeitszeiten die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gleichzeitig die Beschäftigung zu fördern.“

## Erholungswert hoch

Dass kürzere Arbeitszeiten die Firmen in den Ruin treiben, ist vielfach widerlegt. Ein Beispiel: Im BMW-Motorenwerk in Steyr hat der Arbeiterbetriebsrat bereits vor zwei Jahren in der mechanischen Fertigung mit einem Schichtplanmodell kürzere Arbeitszeiten, die Entlastung der ArbeitnehmerInnen und zusätzliches Personal erreicht. Eine wirtschaftlich sinnvolle und gesunde Maßnahme, die Schule machen kann. „Alle freien Tage, die sich aus dem Schichtplan ergeben, sind mit dem Wochenende verbunden“, berichtete damals Betriebsratsvorsitzender Andreas Brich. So entstehen Freizeitblöcke mit hohem Erholungswert. „Nach kleinen Anlaufschwierigkeiten hat sich der Rhythmus eingependelt und die Freizeittage wirken sich positiv auf die MitarbeiterInnen aus“, zieht Brich

Resümee. Der ÖGB fordert – wie beim Bundeskongress 2009 beschlossen – eine Arbeitszeitverkürzung. Besonders wichtig für die ArbeitnehmerInnen ist, dass die Verkürzung der Arbeitszeit ihren Lebensstandard nicht verschlechtert und zu keiner Minderung der Kaufkraft führt. Die Forderungen der Wirtschaft – mehr Arbeit, weniger Geld – würden aber genau das bewirken.

Lesen Sie auch den Kommentar von PRO-GE-Vorsitzendem Rainer Wimmer zum Thema auf der Seite 12.



ÖGB-Präsident Foglar: Leistungsdruck und Belastungen sind hoch wie nie.

## Branchenauswahl mit Arbeitszeitmodellen unter 38,5 Stunden

Erdölindustrie: 36 Stunden (seit September 1992)  
 Papierindustrie: 36 Stunden (seit Jänner 1999)  
 Grafisches Gewerbe: 37 Stunden (seit 1. Jänner 1992)  
 Erdölverarbeitende Industrie: 36 Stunden (seit September 1992)  
 Expeditarbeiter (Druck/Papier): 36 Stunden (seit April 1990)  
 In betrieblichen Schichtmodellen liegen die Wochenarbeitszeiten teilweise deutlich darunter, z.B. bei 34 Wochenstunden.

## Etappen von Arbeitszeitverkürzungen

1918: 48 Stunden, Achtstundentag  
 1959: 45 Stunden  
 1969: Generalkollektivvertrag zur etappenweisen Einführung der 40-Stunden-Woche  
 1970: 43 Stunden  
 1972: 42 Stunden  
 1975: 40 Stunden  
 ab 1985: Kollektivverträge unter 40 Stunden

Interview: Nicht bei Pflege sparen

# Gesundheit fördern

Maria Hofmarcher, Gesundheitsexpertin.

**Solidarität:** Welches Ziel hat die Gesundheitsreform, die vor dem Sommer vorliegen soll?

**Hofmarcher:** Eine bessere Steuerung des Gesundheitssystems. Die Zusammenarbeit und die gemeinsame Planung zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherungen sind vorgesehen, einschließlich gemeinsamer Finanzierung bestimmter Bereiche. Wichtig ist, dass die Patienten nicht negativ betroffen sind.

**Solidarität:** Wie kann das gelingen, vor allem angesichts des wachsenden Pflegebedarfs?

**Hofmarcher:** Man darf bei der Pflege nicht sparen. Wir haben im internationalen Vergleich wenig Pflegepersonal und viele Ärzte. Wir müssen eher in multidisziplinäre Zusammenarbeitsformen investieren, um die Pflege aufzuwerten.

**Solidarität:** Gar nicht erst krank zu werden spart auch Geld. Wo sind die Arbeitgeber gefragt?

**Hofmarcher:** Die Arbeitgeber müssen motiviert werden, betriebliche Gesundheitsförderung umzusetzen. Das sind sicherheitstechnische Dinge, was

durchaus passiert, aber auch Arbeitsklima-Geschichten, wie das Problem des gesteigerten Arbeitsdruckes. Hier müssen Strukturen in den Betrieben über den Betriebsrat integriert werden.

**Solidarität:** Was ist mit Verkürzungen der Arbeitszeit?

**Hofmarcher:** Das Arbeitsvolumen sollte gerechter verteilt werden, das würde insgesamt die Arbeitszeit verkürzen. Junge Menschen glauben, 80 Stunden die Woche arbeiten zu können, und mit 38 sind sie dann ausgebrannt. Das



Gesundheitsexpertin Maria Hofmarcher vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Forschung über Gesundheit, Pflege und das Thema Arbeitszeiten.

gilt ebenso für die Pflegeberufe, hier geht es auch um Leben und Gesundheit der Patienten.

Milena Borovska

Arbeitslosigkeit:

## Angestiegen

Inklusive SchulungsteilnehmerInnen waren im Mai 301.715 Menschen als arbeitslos registriert. Das ist eine Zunahme gegenüber dem Mai 2011 um 5,1 Prozent. Da viele ältere Menschen arbeitslos sind, fordert ÖGB-Arbeitsmarktsprecher Rudolf Kaske einen Wandel bei den Betrieben. „Wenn sie nicht von sich aus für alternsgerechte Arbeitsplätze sorgen, muss man sie mit entsprechenden Maßnahmen dazu bringen“, sagt er und fordert ein effizientes Bonus-Malus-System, das die Arbeitgeber zur Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen veranlasst.



Mauthausen:

## Gedenken

Im Mittelpunkt des Gedenkens standen heuer die aus rassistischen Gründen verfolgten und ermordeten Jüdinnen und Juden sowie Roma und Sinti. Etwa 10.000 Personen aus ganz Europa nahmen teil. „Der Massenmord an den aus rassistischen Gründen ‚unerwünschten‘ Menschen ist bis heute einzigartig in der Menschheitsgeschichte“, betonte der Vorsitzende des Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), Willi Mernyi. Im KZ Mauthausen wurden mindestens 15.000 Jüdinnen und Juden sowie Hunderte Roma und Sinti ermordet. Dazu kommen noch die Tausenden Opfer der Todesmärsche ungarischer Juden, die im Frühjahr 1945 auf dem Weg nach Mauthausen bzw. nach Gurskirchen starben. Ihre Zahl konnte nie vollständig erfasst werden.

Gewerkschaften in China: Bewegung

# Studienreise nach China

Zornige kleine Vögel kämpfen um die Rechte der ArbeiterInnen.

**Modern?** Kinder, die in dunklen Hallen Kleidung und Spielzeug nähen, Wanderarbeiter mit 16-Stunden-Tagen, Hungerlöhne und Armut: Ist das die chinesische Arbeitswelt? Was 20 österreichische Betriebsrätinnen und Betriebsräte bei ihrer Studienreise kennenlernten, ist das moderne China.

### Druck machen

Hier gibt es frei gewählte Gewerkschaftskomitees, die sich um ArbeitnehmerInnenschutz kümmern, Hightech-Betriebe, die mit österreichischem Know-how produzieren. Und NGOs wie „Little Bird“, die Rechtsberatung für WanderarbeiterInnen bieten, um deren Rechte kämpfen und damit klassische Gewerkschaftsaufgaben wahrnehmen. Denn der Allchinesische Gewerkschaftsbund (ACGB) ist ein staatlicher Verein. „Doch es gibt Bewegung. Die große Zahl an Streiks setzt den ACGB unter Druck. Kollektivvertragsverhandlungen und demokratische Wahlen von betrieblichen Interessenvertre-



Eva Prenninger, Wei Wei und Sepp Wall-Strasser.

tungen gehören mittlerweile zu Zielen des ACGB“, berichtet Eva Prenninger von „weltumspannend arbeiten“.

### Kein Tag ohne Streik

SKF, Hörbiger oder Lenzing: Viele Konzerne mit österreichischen Standorten haben Niederlassungen in China. Bei Diskussionen mit den betrieblichen Gewerkschaftskomitees knüpften die österreichischen Betriebsrätinnen und Betriebsräte Kontakte, um über nationale Grenzen hinweg zusammenarbeiten zu können. „In China vergeht kein Tag, an dem nicht gestreikt wird. Die Tochterunternehmen der österrei-

chischen Konzerne sind aber gut geführte Vorzeigebetriebe, da ist Streik kein Thema“, berichtet SKF-Betriebsrat Martin Farthofer.

„Das Management in Österreich erzählt uns, die Chinesen würden schneller und produktiver arbeiten, um uns unter Druck zu setzen. Jetzt haben wir gesehen, dass es im chinesischen Werk eigentlich viel gemütlicher zugeht“, erzählt Hörbiger-Betriebsrat Martin Molnar. „Das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.“ Die Arbeitskosten in China machen nur etwa ein Achtel jener in Österreich aus, trotzdem seien

die chinesischen Niederlassungen keine unmittelbare Gefahr für heimische Arbeitsplätze, weil dort nur für Asien produziert wird.

### Weg zum „europäischen Traum“

Doch für die chinesischen ArbeiterInnen ist es bis zum „europäischen Traum“ noch ein weiter Weg. 200 Millionen WanderarbeiterInnen haben keine Verträge, gut 100 NGOs, die sie unterstützen, werken halb im Untergrund. Aber die ArbeiterInnen haben gelernt, dass sie durch Streik ihre Rechte verteidigen können. „Die Wanderarbeiter der zweiten Generation sind gebildeter und selbstbewusster, sie leisten Widerstand gegen unfaire Behandlung“, sagt Wei Wei von „Little Bird“.

Carmen Janko

### INFOBOX

Organisiert wurde die China-Reise von „weltumspannend arbeiten“, dem entwicklungspolitischen Verein des ÖGB. [www.weltumspannend-arbeiten.at](http://www.weltumspannend-arbeiten.at)

**HOLEN SIE SICH DAS KONTO,  
VON DEM SIE EINFACH  
MEHR HABEN.**

**3,5% P.A.\*  
FÜR 6 MONATE  
BIS € 10.000,-**

**KONTO  
BOX**

- ▶ Kartensperre
- ▶ Notfallbargeld
- ▶ Schlüssellfund
- ▶ gratis Datenstick
- ▶ exklusiver Anlagebonus

BAWAG  
PSK

Beratungstermin vereinbaren: 05 99 05 995

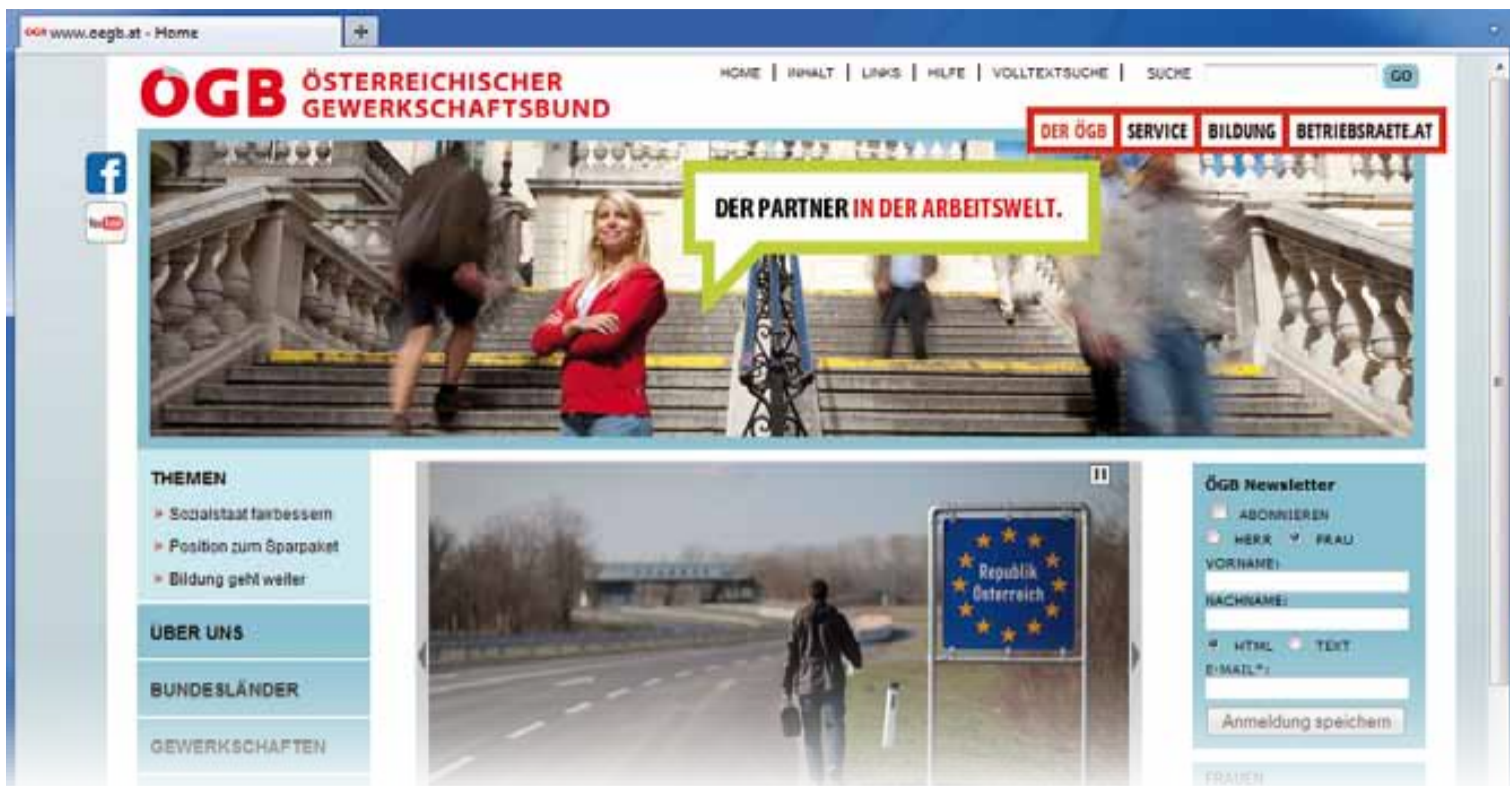
Für Neukontokunden gibt's die KontoBox bis 30.6.2012 mit 3,5% Zinsen p.a. für 6 Monate und max. € 10.000,- am KontoBox Anlagekonto\*.

Mitten im Leben.  
[www.bawagpsk.com](http://www.bawagpsk.com)

**BAWAG  
PSK**

\*) danach variable Standardverzinsung: z.B. 0,375% p.a. Bonus zu den jeweils aktuellen Konditionen der ZinsvorteilsCard für täglich fällige Einlagen in der KontoBox Flex/Gold (= z.B. 1,125% p.a. für € 10.000,- Einlage; Stand: 17.4.2012)





Neu: [www.oegb.at](http://www.oegb.at)

# Neuer Internetauftritt

Info, Service und Unterstützung.

**Übersicht.** Die ÖGB-Webseiten haben seit Anfang Mai ein neues Gesicht. Mit den neu gestalteten Internetauftritten von [www.oegb.at](http://www.oegb.at), [www.betriebsraete.at](http://www.betriebsraete.at) und der neuen Website [www.mitgliederservice.at](http://www.mitgliederservice.at) bietet der ÖGB seinen Mitgliedern und den ArbeitnehmervertreterInnen ein gutes und übersichtliches Service mit allen Leistungen und Angeboten sowie aktuelle Informationen zu politischen Themen und Positionen.

## Übersichtlicher

Nicht nur mit einem neuen Gesicht gingen die Webseiten online, sondern auch mit einer

anderen Struktur und neuen Inhalten. Die Seiten sind übersichtlicher, wirken geordneter, die Inhalte sind auf den neuen Webseiten leichter zu finden. Ganz wichtig: Es wurde darauf geachtet, dass das Wechseln von einer Website auf die andere einfach und unkompliziert ist.

**[www.oegb.at](http://www.oegb.at)** Offen für alle – bietet umfassende Informationen rund um den ÖGB und die Gewerkschaften sowie alle politischen Themen und Positionen.

**[www.mitgliederservice.at](http://www.mitgliederservice.at)** Die Serviceseite für ÖGB-Mitglieder enthält alle Angebote und

Leistungen von den Beratungen über Kollektivvertragsinformationen bis hin zum Download von nützlichen Broschüren und den Zeitschriften des ÖGB.

**[www.betriebsraete.at](http://www.betriebsraete.at)** Diese Seite beinhaltet wichtige Instrumente für die wertvolle Tätigkeit der ArbeitnehmervertreterInnen, zum Beispiel Wahlhelfer und Artikelservice mit neuem Newsletter und vieles mehr.

## Veränderungen mit der Zeit

Zum ersten Mal ging der ÖGB im Jahr 1996 mit seiner Website online. Die erste Umge-

staltung fand sieben Jahre später statt, im Jahr 2003. Nur ein Jahr danach wurde die ÖGB-Website noch einmal neu gestaltet und blieb dann bis Anfang Mai 2012 in dieser Form online.

Zusätzlich stand ab 2005 die Website [www.betriebsraete.at](http://www.betriebsraete.at) für ArbeitnehmervertreterInnen zur Verfügung. Seit ungefähr einem Monat sind nun die neugestalteten ÖGB-Webseiten online.

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben oder uns ihr Feedback schicken möchten, dann senden Sie uns einfach ein E-Mail an [onlinestart@oegb.at](mailto:onlinestart@oegb.at)

**Wettbewerb:** Dialog der Generationen

# Alter Hase, junger Spund

Jung und Alt gemeinsam im Betrieb.

**Vorurteile.** Aktives Altern geht nur die älteren Menschen etwas an. Ältere kennen sich mit moderner Technik nicht aus. Ältere Beschäftigte nehmen den Jungen die Arbeitsplätze weg. Die Kluft zwischen den Generationen ist unüberbrückbar. Diese und weitere Vorurteile zum Thema Jung und Alt sind durch nichts belegt, halten sich aber dennoch hartnäckig in der Diskussion.

## Ideen gefragt

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat deshalb im Rahmen des Europäischen Jahres für Solidarität zwischen den Generationen einen Wettbewerb ins Leben gerufen. Die

Negativbilder sollen durch eigene Vorstellungen und gute Beispiele widerlegt werden. Gleichzeitig sollen Perspektiven für ein solidarisches Miteinander der Generationen aufgezeigt werden – darum geht es beim Wettbewerb „Dialog der Generationen in der Arbeitswelt“.

Mitmachen dürfen gemischte Teams aus Jungspunden (15 bis

25 Jahre) und alten Hasen (ab 45 Jahre), die in österreichischen Betrieben, Organisationen, Institutionen etc. beschäftigt oder dort in Ausbildung sind.

## So geht's

Gebraucht werden: ein bis drei selbstgemachte Fotos (unter je 3 MB), die die Visionen oder

Beispiele darstellen, ein Titel für die Grundidee und eine kurze Beschreibung derselben. Daraus kann ein Kurzfilm (Länge maximal drei Minuten) entstehen, der mit Profis gemeinsam entwickelt wird – vorausgesetzt, dass die Jury von den Ideen begeistert wird. Beispiele gibt es auf der Website (siehe Kästen).

## Der Team-Wettbewerb für Jungspunde und alte Hasen

**So funktioniert's:** Beispiele schicken, wie ein solidarisches Miteinander der Generationen im eigenen Arbeitsalltag funktioniert, oder auch Vorstellungen, wie es besser gehen könnte! Zu gewinnen gibt es eine Brüsselreise, Geldpreise sowie attraktive Sachpreise, z.B. Action-Kameras. Alles zum Wettbewerb unter: [www.dialogdergenerationen.at](http://www.dialogdergenerationen.at)



**Kampagne:**

## Fair, würdig

Ende März starteten der ÖGB und die entwicklungspolitische Organisation Südwind eine Unterschriftenaktion für menschenwürdige Arbeit weltweit. Die Zustände in den Produktionsstätten vor allem in Asien wirken sich negativ auf den europäischen Arbeitsmarkt aus. Weil die Unternehmen drohen, ihre Produktionen in Billiglohnländer auszulagern, nimmt die prekäre Beschäftigung auch in Europa zu. „Internationale Solidarität ist für uns kein Schlagwort in Sonntagsreden“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Wenn wir den Betrieben hier in Österreich sagen, eure Ausbeutung in anderen Ländern der Welt ist uns nicht egal, und wenn viele Menschen uns dabei unterstützen, dann können wir ein Umdenken einleiten.“ Im Rahmen der Aktion wurden in Österreich knapp 4.300 Unterschriften gesammelt, die ÖGB-Präsident Erich Foglar und Südwind-Geschäftsführerin Elfriede Schachner Anfang Mai an Sozialminister Rudolf Hundstorfer und die Europa-Abgeordnete Evelyn Regner übergaben.

**AK-Kampagne:**

## Läuft schief ...

Arbeit wird hoch besteuert, Vermögen kaum. Die Arbeiterkammer listet Bereiche auf, wo es schief läuft, etwa: Wir zahlen für Verluste der SpekulantInnen: Von den Bankenpaketen sind für die SteuerzahlerInnen 3,5 Mrd. Euro verloren. Vermögen ist sehr ungleich verteilt: Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 34 Prozent des Gesamtvermögens. Gagen im Top-Management: ATX-ManagerInnen verdienen im Schnitt das 48-Fache von ArbeitnehmerInnen. Zwei Drittel aller Niedriglohnbeschäftigten sind Frauen: Nur mehr die Hälfte der beschäftigten Frauen hat ein unbefristetes Vollzeitverhältnis, Frauen verdienen um fast 40 Prozent weniger als Männer.

Die AK beschränkt sich aber nicht auf die Auflistung, sondern zeigt auch einen Weg aus der Schieflage: Verteilungsgerechtigkeit. [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

Mahlzeit: Griechenland

# Mit Geduld und Zitronenschale

Spardruck ruft Rezepte mit wenig finanziellem Aufwand in Erinnerung.

**Hungerkur.** In Griechenland zahlen die reichsten Reeder legal keine Steuern, während sich immer mehr Menschen bei den Suppenküchen anstellen müssen, um nicht zu hungern. Das ist das Ergebnis der Pensions- und Mindestlohnkürzungen – also der Sparpakete, die den Griechen von der EU-Troika aufgezwungen worden sind. Ein Kochbuch mit Rezepten aus der Hungerzeit unter der

Nazibesatzung (Weizenschrot als Fleischersatz usw.) wurde zum Bestseller.

## Ordentlich Olivenöl

Nach einer Zeit des Wohlstands droht Massenarbeitslosigkeit und Armut. „Jetzt sitzen wir vor unseren Flachbildfernsehern und denken darüber nach, wie sich Hunger anfühlt. Wir hatten das schon vergessen“, sagt Historikerin und Kochbuch-



© Florian Kräffner

## Vorsorge und Abfertigung

Auf lange Sicht

# klar



CREATIVWERK

**Klare Verhältnisse** in beruflichen und finanziellen Dingen schaffen Vertrauen und Sicherheit. In diesem Sinne ist die VBV – Vorsorgekasse seit ihrer Gründung vor zehn Jahren den Grundsätzen der Transparenz und Nachhaltigkeit verpflichtet. Unsere Ziele sind klar: Sicherheit für unsere Kunden, soziale Gerechtigkeit und eine intakte Umwelt für unsere Generation und unsere Kinder.



[www.vorsorgekasse.at](http://www.vorsorgekasse.at)

**VBV**  
Vorsorgekasse

Obere Donaust. 49-53 | 1020 Wien | Tel.: 01 217 01-8500  
Fax: 01 217 01-78260 | E-Mail: [info@vorsorgekasse.at](mailto:info@vorsorgekasse.at)

autorin Eleni Nikolaidou. Auch die Zubereitung von patates lemonates erfordert mehr Geduld als finanziellen Aufwand. Ein Kilo festkochende Kartoffeln in Spalten schneiden und in eine ofenfeste Form stellen, mit ordentlich Olivenöl sowie dem Saft von zwei Zitronen übergießen, eventuell auch die Schale abreiben und mit Salz, einem Esslöffel Oregano oder einer Handvoll Rosmarinadeln und Salz darüberstreuen. Mit Wasser komplett bedecken und ins auf 200 Grad vorgeheizte Rohr schieben.

## Minimaler Fetteinsatz

Was die Zitronenkartoffeln zu einem der besten Erdäpfelgerichte überhaupt macht: Sie werden in ihrem Wasserbad erst weichgekocht. Wenn das Wasser verdampft, setzt sich das Öl oben auf den Kartoffeln ab, das macht sie knusprig – aber im Vergleich zu Pommes oder Bratkartoffeln unter minimalem Fetteinsatz. Dafür kann's schon gute zwei Stunden dauern, aber ein griechisches Sprichwort sagt ohnehin: „Die Kinder der Vernünftigen kochen, bevor sie Hunger haben.“ Die Zitronenkartoffeln passen perfekt zu gegrillten Sardinen, aber auch zu einem faschierten Braten in seiner griechisch inspirierten Variante: Auf ein Kilo Faschiertes (vom Schwein, Rind, Lamm oder wovon auch immer) kommen vier Eier, drei Zwiebeln, Knoblauch, ein Bund Petersilie, Salz, Pfeffer und Kreuzkümmel oder auch roter Paprika. Braten formen und mit Feta und ganzen Basilikumblättern füllen, bei 180 Grad braten, zwischendurch mit einem Schluck Weißwein übergießen. Zu trinken bieten sich Ouzo und Retsina an; der mit Kiefernharz zu Aroma und Haltbarkeit gebrachte Wein hilft beim Abrufen von Urlaubserinnerungen. Das Harz sollte eigentlich nur die Ziegenfellschläuche abdichten. Der Zufall ist manchmal doch der beste Koch.

Florian Kräffner



PRI



LEITBETRIEBE AUSTRIA



Für acht Fonds:



Frankreich hat als einziges Land die Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche reduziert.

Arbeitszeit: Modell Frankreich

# Verkürzung für Jobs

IV und WKÖ sagen das französische Modell tot – stimmt das?

**Viele Formen.** In Frankreich brachte die 35-Stunden-Woche in vier Jahren 350.000 neue Arbeitsplätze. Andere Länder setzten in der Krise auf die Kurzarbeit – ebenfalls eine Form der Arbeitszeitverkürzung.

## Skepsis

„Auch die Kurzarbeit ist eine Form der Arbeitszeitverkürzung.“ Mit dieser Aussage begegnet Eric Heyer dem skeptischen Blick auf die 35-Stunden-Woche, die in Frankreich seit mehr als zehn Jahren gilt. „In allen europäischen Ländern wurde in den vergangenen Jahren die Arbeitszeit verkürzt, nur waren die Wege unterschiedlich. Frankreich ist das einzige Land, das die legale wöchentliche Arbeitszeit reduziert hat. Andere haben etwa die Teilzeit gefördert“, so der Wirtschaftsforscher vom Pariser Institut OFCE. Mit der Einführung der 35-Stunden-Woche

Ende der 1990er-Jahre verfolgte die linke Regierung unter Lionel Jospin vor allem ein Ziel: Die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die damals in Frankreich sehr hoch war. Wie das französische Statistikamt errechnet hat, wurden durch die Arbeitszeitverkürzung zwischen 1998 und 2002 in der Tat 350.000 neue Jobs geschaffen.

## Wettbewerbsfähig

Eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, die das Budget schwer belastet, wie GegnerInnen einwenden? Ja, natürlich sei sie nicht umsonst gewesen. Immerhin habe es finanzielle Anreize für die Firmen gegeben. Doch man dürfe dies nicht isoliert betrachten, so Wirtschaftsforscher Heyer. Schließlich seien im Gegenzug die Kosten der Arbeitslosenversicherung gesunken. Zudem seien durch die zusätzlichen Jobs Mehreinnahmen

hereingekommen: Über den Lohn, aber auch über den gesteigerten Konsum. Auch in Sachen Wettbewerbsfähigkeit stehe Frankreich nicht schlechter da als etwa Deutschland, so Heyer. Denn die Produktivität sei durch die Arbeitszeitverkürzung gestiegen.

Der wesentliche Grund für Heyer, warum die Konservativen die 35-Stunden-Woche nicht abgeschafft haben, obwohl sie nur zwei Jahre nach deren Einführung an die Macht kamen: Im Gegenzug gab es eine Flexibilisierung der Arbeitszeit. Boris Plazzi von der Gewerkschaft CGT zieht deshalb auch eine „zweispaltige Bilanz“: „Der Druck auf manche ArbeitnehmerInnen ist gestiegen.“ Außerdem habe es nicht überall einen vollen Lohnausgleich gegeben. Nichtsdestotrotz steht Plazzi zu dieser Maßnahme, immerhin wurden dadurch Arbeitsplätze

geschaffen. Durch die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern wurden zudem Verbesserungen erreicht – in Frankreich sind solche Verhandlungen anders als in Österreich nicht Alltag. Worin sich Frankreich außerdem von anderen europäischen Ländern unterscheidet: Es gibt mehr Vollzeit- und weniger Teilzeit-Arbeitsplätze – und wer Teilzeit arbeitet, leistet mehr Stunden.

## Ein Weg

Um auf die eingangs getroffene Feststellung zurückzukommen: „Man kann natürlich die Frage stellen, ob der deutsche, der französische oder der niederländische Weg der bessere ist, die Niederländer haben ganz massiv auf Teilzeit gesetzt. Das ist dann allerdings eine andere Diskussion“, so Heyer.

Sonja Fercher

Bildung: Lehrermangel

# Zu spät vorgesorgt

Brüsseler Kommission warnt vor Einsparungen und Qualitätsverlust in der Bildung.

**Unlust.** Piloten und Autofahrer wissen es: Sie müssen rechtzeitig Treibstoff tanken, sonst macht der Motor im Flugzeug bzw. Auto Probleme. Aber dass Österreich und den anderen EU-Ländern die LehrerInnen ausgehen, ist offensichtlich übersehen worden. „Die Politik hat den Lehrermangel vorhergesehen, aber ewig nichts unternommen. Nun müssen die Lehrer es ausbaden. Da kann einem die Lust am Unterrichten schon im ersten Jahr vergehen“, sagt eine Junglehrerin.

## Pensionierungswelle

Hauptgrund für den nahenden LehrerInnen-Mangel ist eine große Pensionierungswelle: Die geburtenstarken Jahrgänge werden bis 2020 ins pensionsberechtigte Alter kommen. Bis zu 50 Prozent der LehrerInnen, je nach Schulart, werden in den

nächsten Jahren in den Ruhestand treten – in Österreich ebenso wie in Deutschland oder Italien. Inzwischen sind aber viele Pädagoginnen und Pädagogen, vor allem jene, die für höhere Schulen (Gymnasium, HAK etc.) ausgebildet waren, in die Privatwirtschaft abgewandert. In Österreich kommt hinzu, dass mit Einführung der Neuen Mittelschule zum Beispiel zwei Lehrer in der Klasse für Deutsch, Mathematik und Englisch vorgesehen sind. Es fehlt längst Personal in allen Fächern, berichten SchuldirektorInnen. Allein Oberösterreich braucht 10.000 neue LehrerInnen bis 2020. Folglich unterrichten an manchen Schulen bereits StudentInnen, PensionistInnen und AutodidaktInnen. Es brauche mehr Flexibilität in der Vertragsgestaltung für „QuereinsteigerInnen“,

sagte Bildungsministerin Claudia Schmied. Doch selbst für erfahrene LehrerInnen sind die zunehmende Arbeitsbelastung und Überstundenanzahl immer schwieriger zu verkraften.

## Etwas läuft falsch

Und während in Österreich über ein neues Dienstrecht für die LehrerInnen verhandelt und u. a. darüber diskutiert wird, ob die Schulpädagoginnen und -pädagogen künftig weniger Ferien und mehr Jahresarbeitszeit haben sollen, kam bereits im Februar ein Warnruf aus Brüssel: Die nationalen Regierungen sollten in der Wirtschaftskrise nicht an der Bildung sparen! Denn das würde sich auf die nachkommende Generation auswirken.

„Wenn 14 Prozent unserer SchülerInnen vorzeitig die Schule abbrechen, läuft etwas



Heike Hausensteiner

EU-Gipfel Mai:

## Faire Steuern

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) begrüßt das Zustandekommen des Europäischen Wachstumsgipfels, die europäischen Gewerkschaften bleiben aber dabei, dass es Wachstum nur durch Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft geben kann, nicht durch Lohnkürzungen oder weitere Deregulierungen. EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol forderte erneut die Schaffung von Euro-Bonds und die Erhöhung des Kapitals der Europäischen Investitionsbank zur Schaffung von Jobs.

EU-Gipfel Juni:

## Klare Signale

Der EU-Gipfel Ende Juni muss klare Signale an die Menschen senden, fordert ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Die Menschen wollen nicht mehr hören, dass alle den Gürtel enger schnallen müssen. Die Wahlergebnisse in Frankreich und Griechenland haben den Unmut über die immer gleichen Rezepte deutlich gemacht“, so Foglar. Der ÖGB verlangt u. a. die Einbindung der Sozialpartner in die Entscheidungsprozesse bei der Economic Governance, die Aufstockung des Europäischen Sozialfonds und die Umsetzung der Ausbildungsgarantie für Jugendliche.

Schulumfrage:

## Positiv

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hat eine Umfrage unter SchülerInnen zu EU-Themen durchgeführt. Sie zeigt: Negativparolen werden nicht unreflektiert aufgenommen. Dass Österreich als kleines Land in der EU nichts zu sagen hat, dem stimmen sechs bis acht Prozent zu. 71 Prozent der SchülerInnen glauben an ihre Zukunftschancen in der EU, 20 Prozent sind skeptisch. Mehr als zwei Drittel (67 Prozent) meinen, die österreichische Wirtschaft profitiere von der EU. 32 Prozent der SchülerInnen möchten im Unterricht mehr über die EU erfahren und fast 47 Prozent finden, dass ihnen zu wenige Informationen zum Bereich Ausbildung und Studium in Europa angeboten werden.

**Gelbe Karte**

Eine gelbe Karte kann auch gut sein. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sie der Europäischen Kommission gezeigt und damit einen Vorschlag zurück an den Start geschickt. Darin wären die Freiheiten des Marktes weiterhin über den sozialen Grundrechten gestanden. Sauerei, meinten die Gewerkschaften sinngemäß. Falsche Richtung, sagten die Mitgliedsstaaten. Eine Chance für eine bessere Regelung.

**Undemokratisch**

In der kanadischen Provinz Quebec streiken 165.000 StudentInnen seit März gegen die Erhöhung der Studiengebühren. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden mehrere StudentInnen verletzt. Das Parlament von Quebec hat nun das Versammlungsrecht eingeschränkt. Gruppen von mehr als zehn Menschen müssen die Polizei über Kundgebungen informieren. Studierende, Gewerkschaften und Opposition kritisieren die Regelungen scharf.



Illustration: Markus Szyszkowitz

Gastkommentar: Rainer Wimmer

# Zeit für moderne Arbeitszeiten

Österreich ist an der Spitze. Nicht beim Fußball, sondern leider bei der Dauer der Arbeitszeit.

Österreich liegt mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 42 Stunden im EU-Spitzenfeld, in Dänemark etwa arbeiten die Menschen durchschnittlich 38 Stunden. Seit einiger Zeit erhält das Thema Arbeitszeit aber neue Aufmerksamkeit. Verschiedene Ansätze werden diskutiert, von der klassischen Verkürzung der Normalarbeitszeit bis zu individuellen Lebensphasenmodellen. Gut so, herrschte doch lange Stillstand in der Debatte.

**Beschäftigte wollen mitreden**

Erst mit der Krise 2009 und dem erfolgreichen Modell der Kurzarbeit steht Arbeitszeit wieder auf der politischen Tagesordnung. Auch die Gewerkschaften

mehr Mitbestimmung über ihre Arbeitszeitgestaltung haben wollen. Vor allem die tatsächlich geleistete Arbeitszeit soll nach Meinung der Kolleginnen und Kollegen sinken.

**Unbezahlte Überstunden**

Allein im dritten Quartal 2011 wurden laut Eurostat 5,5 Millionen Überstunden in Österreich geleistet – knapp ein Viertel davon unbezahlt. Ein möglicher Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung ist die Reduktion der Überstunden, indem man sie für die Arbeitgeber verteuert. Allerdings blockiert die Wirtschaft massiv.

Unter dem Deckmantel einer weiteren „Arbeitszeitflexibilisierung“ wollen die Arbeitgeber

rechnungszeiträumen. Gesundheits-, sozial- und wirtschaftspolitisch völlig falsch! Nachweislich schädigen lange Arbeitszeiten die Menschen. Die Folgen sind körperliche und psychische Erkrankungen, im schlimmsten Fall bis zur Arbeitsunfähigkeit. Die Zahl der Burn-out-Fälle steigt. Bereits wenige Tage mit überlangen Arbeitszeiten haben Auswirkungen, sagen Arbeitsmediziner: erhöhter Stress, Bluthochdruck, erhöhtes Risiko von Krebs-, Muskel- und Skeletterkrankungen.

**Runter mit der Arbeitszeit**

Seit Ende der 1980er-Jahre ist in Österreich beim Thema Arbeitszeitverkürzung bis auf Ausnahmen wenig passiert. Gleichzeitig ist die Produktivität insbesondere in der Sachgüterzeugung geradezu explodiert.

Die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft hat sich stark verbessert. Die Schattenseiten sind offensichtlich: steigender Arbeitsdruck und viele verlorene hochwertige Arbeits-

plätze. Mit Arbeitszeitverkürzung kann dieser Trend eingedämmt werden und es können sogar neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Viele Betriebe setzen auf permanente Überstunden. Die PRO-GE sieht in deren Reduktion ein entscheidendes Beschäftigungspotenzial, denn allein die unbezahlten Überstunden entsprechen rund 60.000 Vollzeitarbeitsplätzen.

**Arbeitszeitinitiative der PRO-GE**

ZuckerbäckerInnen haben andere Anforderungen als etwa ForstarbeiterInnen. Ebenso macht es einen Unterschied, ob der Betrieb klein oder groß ist und wie belastend die Tätigkeiten sind. Ältere Beschäftigte sind mit besonderen Belastungen konfrontiert, ebenso ArbeitnehmerInnen auf Montage, in Schichtdiensten oder bei Akkordarbeiten.

Diese Unterschiede müssen bei der Arbeitszeit berücksichtigt werden, zum Beispiel durch erhöhtes Urlaubsausmaß oder kürzere Normalarbeitszeiten. Seit Frühjahr 2011 läuft daher



Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft PRO-GE.

die Arbeitszeitinitiative der PRO-GE. Wir erarbeiten gemeinsam mit BetriebsrätInnen und Mitgliedern neue und individuelle Modelle. Zurzeit werden die umfangreichen Befragungen ausgewertet. Das Ziel ist aber bereits klar definiert: Eine neue Arbeitszeitpolitik, die bessere Arbeits- und Lebensbedingungen garantiert.

»Mit Arbeitszeitverkürzung können steigender Arbeitsdruck und Belastungen eingedämmt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.« Rainer Wimmer

ten müssen sich wieder stärker diesem Thema widmen und sich positionieren. Umfragen bestätigen, dass ArbeitnehmerInnen kürzer arbeiten und

eigentlich nur eines: Billiger soll's werden durch Streichung von Überstundenzuschlägen und den Aufbau von enormen Zeitkonten mit langen Durch-